

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 1. Juni 1881.

Nr. 249.

Deutschland.

Berlin, 31. Mai. Der Reichskanzler ist, wie die „Post“ hört, in Folge einer schmerzhaften Erneuerung seines alten Leidens, einer Benennung im Weine, an das Bett gefesselt und dadurch an der Theilnahme der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes zum großen Bedauern der Mitglieder des Reichstags verhindert.

Das zum so und so vielen Male rekonstruierte italienische Kabinett der Linken dürfte — wie der „Bester Lloyd“ meint — überall außerhalb der Grenzen Italiens eine ziemlich gleichmüthige Aufnahme finden. Der wesentliche Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Kabinett und seinem unmittelbaren Vorgänger besteht nach dem „Lloyd“ darin, daß Depretis in demselben noch eine größere und noch mehr dominierende Rolle spielt als vormals und daß an Stelle Cairoli's nunmehr sein gleichgestimmter Genosse Zanardelli getreten ist. Das vorige Kabinett sei zweimal gefallen, weil die Ereignisse dem Parlamente und dem Volke die Thatsache vor Augen führten, daß die italienische Politik wegen der zwitterhaften Haltung der Regierung den europäischen Mächten kein rechtes Vertrauen einzufößen wußte, und weil in Folge dessen das Königreich in jedem entscheidenden Moment isolirt und auf sich selbst angewiesen blieb. In den Namen der neuen Kabinettsmitglieder steht das oben genannte Blatt noch keine Gewähr einer Besserung in dieser Hinsicht und es bleibe nur zu hoffen, daß sich die Bekämpfung bei den Personen selbst vollzogen hat und daß der Depretis des neuen Kabinetts ein Anderer sei, als der Depretis des Kabinetts Cairoli.

Die Zustände in Irland werden immer schlimmer. Ausschreitungen sehr ernster Natur haben unweit Mallow stattgefunden; auf den süd-tirischen Ländereien von Nurestown, Glasahoy und Carriglena, innerhalb 4 Meilen von Mallow entfernt, wurden acht Häuser in Brand gesteckt und vollständig eingeäschert. In Dublin sind Plakate folgenden Inhalts angeschlagen worden: „Großer Nothstand in Dublin! Eintausend Arbeiter schreiben um Brot oder Arbeit! Brot oder —?“ Die Arbeitslosen werden darin aufgefordert, eine Prozession zu bilden und nach Harold's-croft zu ziehen, wo ihren Beschwerden Luft gemacht werden soll. Infolge dieser bedenklichen Lage der Dinge hat der Staatssekretär für Irland, Foster, wie der „Times“ aus Dublin geschrieben wird, seit seiner Ankunft von London mit dem Vizekönig und den irischen Behörden häufige Beratungen über die Zustände des Landes gepflogen und es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß es im Plane liegt, der neuen und noch gefährlicheren

Bewegung, auf welche die Landliga sich eingelassen hat, ein Ziel zu setzen. Der Beschluß, welchen die Regierung gefaßt hat, wird möglicherweise sofort verkündigt werden. Der hauptsächlichste Organisationsfaktor der irischen Agrarliga, Kettle, ist gestern Abend unter der Beschuldigung, die Bevölkerung zum Widerstand wider die Bezahlung gesetzlicher Schulden aufgereizt zu haben, in Naas verhaftet und ins Gefängniß gebracht worden.

Man schreibt der „N. A. Z.“ aus Hamburg unterm 29. Mai:

Unter dem Vorwande, daß durch die im Bundesrathe eingebrachten Anträge, wegen der Aufhebung des Elb-Anschlusses und wegen der Aufhebung des hiesigen Haupt-Zollamtes und der Zollvereins-Niederlage, eine PreSSION auf die Entschiedenheiten Hamburgs in der Zollanschlußfrage ausgeübt werden solle, und daß man einer solchen „Vergeßlichkeit“ entgegenzutreten müsse, hatte die hiesige Fortschrittspartei mit den Sezessionsisten Alles aufgeboten, um durch Presse, Vereine, Versammlungen und sonstige Demonstrationen auf die Stimmung der Hamburger Bürgerschaft einzuwirken und dieselbe gegen den Anschluß aufzuregen.

Sehr unerwünscht und unerwartet war deshalb für diese Agitation die am 25. d. M. hier eingetroffene telegraphische Nachricht vom Abschluß der Präliminarien, da man auf einen Abbruch der Verhandlungen gehofft hatte. In einer Sitzung, welche gerade am Abend dieses Tages stattfand, beschloß die Bürgerschafts-Versammlung auf fortschrittlichen Antrag, an den Senat ein dringliches Gesuchen um Auskunft zu richten, ob ein Vertrag abgeschlossen sei, eventuell welchen Inhalt derselbe habe. Man war in einer solchen Erregung, daß von einem Eingehen auf die Gegenstände der Tagesordnung ganz Abstand genommen wurde.

Um die verlangte Auskunft entgegenzunehmen, wurde auf vorgestern Abend eine außerordentliche Sitzung angesetzt. In derselben machte der Senat über die Unterzeichnung der zwischen den Vertretern der Reichsregierung und den Hamburger Kommissarien zu Stande gekommenen Vereinbarung und über den hauptsächlichsten Inhalt derselben vorläufige Mittheilung, indem er sich zugleich vorbehielt, der Bürgerschaft den Wortlaut der Vereinbarung nebst dem dazu gehörigen Protokoll baldmöglichst mit seiner Aeußerung zugehen zu lassen.

Eine Diskussion über diese Mittheilung fand nicht statt, die Versammlung vertagte vielmehr die Sitzung bis zum 1. Juni.

Während man in den konservativen, sowie den dem Senat näher stehenden Kreisen unter dem

ersten Eindruck der getroffenen Vereinbarung noch mit einem Urtheil zurückhalten zu sollen glaubt, spricht sich, wie nicht anders zu erwarten war, die fortschrittliche und die Presse des extremen Freihandels bereits heute entschieden gegen einzelne Bestimmungen der Vereinbarung als unannehmbar aus. Die den richterlichen Standpunkt vertretende „Reform“ erklärt, daß die Bürgerschaft die Abmachung, durch welche Hamburg rechtlich und materiell schlechter als heute gestellt und dem Willen des Bundesraths auf Gnade und Ungnade ergeben sei, unter keinen Umständen votiren werde und dürfe.

Im Transvaal gährt es beständig. So wird dem „Standard“ aus Durban, vom 25. d., berichtet:

„Der Chef der Macateers ist nach Newcastle gekommen, um gegen die Uebertragung der Eingeborenen an die Boeren zu protestiren. Er ist ein sehr mächtiger Chef, und überdies von acht anderen Chefs, die im Ganzen über 100,000 Eingeborene herrschen, beauftragt, der Kommission die Erklärung abzugeben, daß sie sich keinem Schiedsspruch unterwerfen wollen, der den Boeren Autorität über sie einräumt und nöthigenfalls der Entscheidung durch Waffengewalt Widerstand leisten werden.“

Die Meldung, daß die Boeren Montjuive angegriffen haben, bestätigt sich.

Wie aus Petersburg telegraphirt wird, verlautet dort, daß General Aweinski, zur Zeit in Waischan, das russische Kriegsministerium über nehmen werde.

Ausland.

Paris, 30. Mai. Gambetta ist ziemlich erschöpft von seiner Triumpfreise zurückgekehrt. Seine guten Landsleute in Cahors hatten ihn aber auch gar zu sehr mit Hulbigungen und Zärtlichkeiten überhäuft. Heute erschien er bereits in der Kammer, und es heißt, daß er in die Debatte über den Antrag Darbois auf Revision der Verfassung eingreifen und zwar, seinen Aeußerungen in Cahors entsprechend, gegen den Antrag sprechen wird. Gambetta hofft vielleicht, auf diese Weise für das Listentrutinium Stimmung zu machen, dessen Ausschichten im Senat nach wie vor sehr ungünstig stehen. Das linke Centrum wird geschlossen gegen das Projekt stimmen, das nicht nur von Jules Simon und seinem Anhang, sondern auch von Männern wie Waddington bekämpft wird. Letzterer machte in der Fraktionsöffnung des linken Centrums geltend, daß die öffentliche Meinung der Aenderung des Wahlmodus fremd geblieben und daß dieser auf eine Kabale zurückzuführen sei, der

Senat daher der Wiedereinführung des Listentrutiniums gegenüber seine volle Freiheit bewahrt. Das linke Centrum beschloß dann fast einstimmig, gegen den Darbois'schen Antrag zu kämpfen. Die republikanische Union (äußerste Linke) wird ihn hingegen unterstützen; aber wenn ihr nicht von der Rechten Hülfe kommt, so dürfte das Votum des Oberhauses gegen die Wahlreform ausfallen. Jedenfalls wird die Vorlage nicht ohne Aenderungen aus dem Senat hervorgehen, da auch die republikanische Linke die im Gesetz Darbois vorgesehene Verwahrung der Deputirtenzahl entschieden ablehnt. Was Grevy betrifft, so scheint derselbe nicht geneigt, aus seiner Passivität herauszutreten und in den sich erhebenden Streit einzugreifen. Gestern, so wird erzählt, beschäftigte man sich im Luxembourgpalais lebhaft mit dem Artikel der „Republique française“, welcher von einer Erklärung des „Patrie“, die allgemein für offiziös gehalten wurde, Akt nahm, und der General Grevy, der Bruder des Präsidenten der Republik, äußerte bei dieser Gelegenheit, jenes Blatt wäre eben so wenig als irgend ein anderes Blatt berechtigt, im Namen des Staatsoberhauptes zu sprechen. Hieraus schließt man, daß das Elysée sich zwar nach wie vor in der Frage der Listentrutinium neutral verhalten wird, daß aber Jules Grevy aus seiner Abneigung gegen diesen Wahlmodus immer noch kein Hehl macht und sich hüten wird, etwas zur Beilegung des bevorstehenden Konfliktes zu thun.

Eine im „Voltaire“ veröffentlichte Kandidatenliste des Lotdepartements für die nächsten Wahlen, an deren Spitze der Kammerpräsident steht und die im Uebrigen nur aus Notabilitäten zusammengesetzt ist, hat den Zorn Rochefort's erregt, der bei dieser Gelegenheit im „Intransigeant“ daran erinnert, daß Gambetta in seiner letzten Kammerrede das Listentrutinium als das einzige Mittel pries, die Arbeiterkandidaturen zu begünstigen.

Es wird gegenwärtig wieder in Paris ein Arbeiter-Kongreß gehalten, über den das „Journal des Debats“ schreibt:

„Wir finden heute wieder die nämlichen Deklamationen, den nämlichen finsternen Unsinns sowie auch die nämlichen Spaltungen, wie im vorigen Jahre. Kaum war der Kongreß seit 48 Stunden eröffnet, als sich schon Gruppen und Untergruppen bildeten, welche das Bedürfnis fühlten, jeden Punkt von ihrem besonderen Gesichtspunkt aus zu beurtheilen. Nichtsdestoweniger bleibt das alte Thema immer dasselbe, nämlich: die Revolution hat für die Arbeiter nichts gethan, und es ist unumgänglich notwendig, dieselbe wieder von vorn

Einige Bemerkungen zur Zeit.

Es ist eine allbekannte Thatsache, daß für jeden Ort der Erdoberfläche die Tageszeit durch die Stellung der Sonne bedingt ist. In dem Augenblick, wo letztere bei ihrer täglichen Bewegung den höchsten Stand über dem Horizont irgend eines Ortes erreicht hat, ist es hier Mittag, während das Moment ihres tiefsten Standes unter dem Horizont die Mitternacht bezeichnet. Da die Sonne sich täglich scheinbar von Ost nach West bewegt, so ist klar, daß alle Punkte, welche ostwärts liegen, früher Mittag haben als diejenigen, die westlich liegen, und zwar beträgt die Differenz eine Stunde für je 15 Grad Unterschied in der geographischen Länge. Wenn in Berlin Mittag ist, so hat Peking bereits 7¼ Uhr Abends, zu Rio de Janeiro dagegen ist es erst 8 Uhr Morgens. In jedem Augenblick finden also auf der gesamten Erde alle Tageszeiten statt, und nur Orte, welche unter einem und demselben Meridian liegen, haben die gleiche Uhrzeit. So bildet die Ortszeit eine Eigenthümlichkeit des Ortes und wurde als solche stets respektirt. Neuerdings ist jedoch der Vorschlag aufgetaucht, die einzelnen Ortszeiten auf den Aequator-Etat zu setzen und dafür allgemein in Deutschland die Berliner Zeit einzuführen. Für den inneren Eisenbahndienst ist diese Zeit schon seit mehreren Jahren die allein maßgebende; die Dienstfahrpläne des Betriebspersonals sind alle nach Berliner Zeit aufgestellt. Ausnahmsweise rechnet Württemberg nach Stuttgarter, Baiern nach Münchener und die Pfalz nach Ludwigshafener Zeit.

Die für das Publikum dienenden Fahrpläne sind dagegen nach der betreffenden Ortszeit eingerichtet und diese ist es, die zunächst fortzufallen und durch die Berliner Zeit ersetzt werden soll. Das Publikum kann es natürlich nicht sein, welches diese Unzuträglichkeiten veranlaßt oder erleidet, sie können nur innerhalb des Betriebes selbst auftreten. Mit andern Worten heißt dies: Zur Bequemlichkeit der Eisenbahnbeamten, die jetzt doppelte Fahrpläne (nämlich Berliner Zeit und Ortszeit) haben, soll die vorgeschlagene Veränderung eingeführt werden. Die Freunde des Vorschlages weisen darauf hin, daß es allerdings auch eine Klasse von Reisenden giebt, die von der einheitlichen Zeit Nutzen ziehen, nämlich diejenigen, welche große Strecken von Ost nach West und umgekehrt abmachen. Diese müssen allerdings ihre Uhren gelegentlich kontrolliren und der jeweiligen Ortszeit anpassen, wenn sie nicht bei der Weiterreise den Anschluß vermissen oder unnötigem Warten ausgesetzt sein wollen. Allein so viel bekannt, hat noch Niemand darüber geklagt; auch handelt es sich in den meisten Fällen nur um kleine Zeitunterschiede, die allmählich beigebracht werden, kurz es kommen meist keine großen plötzlichen Abweichungen vor, sondern die nöthige Aenderung geht ganz naturgemäß in allmählicher Weise vor sich. Wie würde es aber sein, wenn überall durchweg Berliner Zeit maßgebend wäre? Im Binnenverkehr würde ein wirklich nennenswerther Vortheil nicht zu Tage treten, dafür müßten aber an den Grenzen sehr bedeutende Unzuträglichkeiten entstehen. Bei Reg. z. B., wo alsdann Berliner und Pariser Zeit sich hart im Raume stoßen würden, müßte eine klaffende Differenz von 3¼ Stunden

auftreten! Wollten die Russen sich an Petersburger Zeit halten, so müßte an der Osgrenze Deutschlands sogar ein Zeitkonflikt von 1 Stunde und 8 Minuten entstehen, der auf 1 Stunde 37 Minuten stiege, wenn Moskau in Rußland zeitangehend würde. Welchen Vortheil der Reisende von dem Centralisirungssystem der Zeit an den Landesgrenzen hat, davon kann man sich in Genf überzeugen, wo eine Uhr schweizerische, die andere französische Zeit zeigt und ein Unterschied von 20 Minuten oder noch mehr stattfindet. Wenn nun noch die italienische (römische) Zeit dazu kommt, so ist der Wirrwarr fertig und der Reisende hat wirklich nicht wenig Zeit nöthig, um sich über die Zeit zu orientiren, die plötzlich beständig wird. Aber nicht allein die reisende, sondern auch die nicht reisende Bevölkerung an den Grenzen wird durch den Sprung, den dort die Uhrzeit macht, äußerst unangenehm heimgegriffen, und es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich allerlei komische Lagen auszumalen, die aus diesem Umstande entspringen können. Für kleine Länder wie Württemberg mag sich eine allgemeine Landeszeit eignen, aber schon bei Baiern wird sie stellenweise un bequem, bei einem so ausgedehnten Reiche wie Deutschland muß sie vollends zu den größten Unzuträglichkeiten führen. Aber steht man selbst hiervon ab und denkt sich alle Uhren an den Bahnhöfen ausschließlich nach Berliner Zeit gerichtet und also dort diese letztere herrschend, wie soll es dann in den Dörfern selbst sein? Soll hier die Ortszeit bestehen bleiben oder soll sie auch im Innern der Städte verdrängt werden? Nichts ist naturgemäßer, als daß jeder Ort seine Zeit, wie jeder Körper seinen Schatten hat; allein wenn die Eisenbahnen ein-

mal ihre für das Publikum bestimmten Fahrpläne nur in Berliner Zeit aufstellen, und wenn diese Zeit an den Bahnhöfen allein herrschend ist, so wird sie allen Ortszeiten eine so große Konkurrenz bieten, daß diese nicht mehr bestehen können. Sie würden bald nur noch im Stillen vegetiren, in den Gewohnheiten und Uhren des kleinen Mannes, und endlich würden sie ganz fagenhaft werden. An und für sich läge daran nichts, aber die Berliner Zeit hat, gerade weil sie für den Osten und Westen des deutschen Reiches von der wirklichen Zeit beträchtlich abweicht, große lokale Unannehmlichkeiten im Gefolge. Es soll nicht einmal daran erinnert werden, daß unter diesem Regiment die Sonne im Westen Deutschlands zu Weihnachten erst gegen 8¼ Uhr aufgehen, im Osten aber schon 3¼ Uhr Nachmittags untergehen müßte, sondern nur darauf hingewiesen sein, wie es mit dem Beginn und Schluß öffentlicher Handlungen, sei es in Kirche, Schule oder Gericht bestellt sein würde. Solche, die nach alter Ortszeit um 7 Uhr zu beginnen haben, würden unter Verbeibaltung der Stunde im Westen Deutschlands schon 6½ Uhr früh anfangen müssen, und ein auf 8 Uhr festgesetzter Schluß würde im Osten ortszeitig erst um 8½ Uhr eintreten. Gegenüber derartigen Folgen darf man aber in der That wohl fragen, ob das Reichseisenbahnnetz auch die Befugniß hat, eine so tief ins Volksleben einschneidende Veränderung zu veranlassen? Manches Alte ist, mit Recht und Unrecht, neuerdings über Bord geworfen worden; suchen wir aber wenigstens unsere erprobte, brave Ortszeit zu erhalten; seien wir in diesem Punkte konservativ! (R. Z.)

anzufangen und ihr diesmal den sozialen Charakter zu geben, der ihr damals abgegangen ist."

Paris, 30. Mai. Das Resultat der heute erfolgten Wahl der Senatskommission, welche mit der Prüfung des Gesetzes Bardour betraut ist, hat lebhafteste Sensation erregt, obgleich durch diese Wahl, ganz wie seiner Zeit in der Deputiertenkammer, keineswegs die Verwerfung des Projektes durch den Senat gesichert ist. Bedenklich ist nur, daß in sämtlichen Abtheilungen die Rechte gegen das Listenstrutinium votirt hat. Die gewählten Mitglieder der Kommission sind Gaultier de Clamilly, Waddington, Jouin, Wallon, Dubet, Baragnon, Geyraud, Millaud, Gherpin, von denen nur Millaud ein Anhänger des Listenstrutiniums ist. Von den 296 augenblicklich vorhandenen Senatoren haben 221 an der Wahl der Kommission theilgenommen. Darunter haben nur 71 für das Listenstrutinium gestimmt, 22 unbefristete Stimmzettel abgegeben und 28 gegen das Gesetz votirt. Jules Simon hielt in seiner Abtheilung eine heftige Rede gegen das Gesetz mit vielfachen Anspielungen auf Gambetta. Er wurde aber nicht gewählt; vielmehr wurde in seiner Abtheilung der einzige Anhänger des Gesetzes Millaud gewählt.

Provinzielles

Stettin, 1. Juni. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten gedachte der Vorsitzende zunächst in ehrender Weise des seit der letzten Sitzung verstorbenen Mitgliedes, Herrn Medizinalrath Dr. W i s s m a n n; derselbe gehörte seit dem 2. Juni 1854 der Versammlung als Mitglied an, nachdem er seit dem 1. Juli 1843 als Armenarzt fungirt hatte; vom 10. Februar 1862 bis 29. März 1876 bekleidete der Verstorbene die Stelle als leitender Arzt im städtischen Krankenhaus, außerdem war derselbe seit dem 25. Januar 1859 Mitglied der Gasanfalls-Deputation. In allen diesen Stellen bewies der Verstorbene zu jeder Zeit den größten Pflichterwerb und durch sein heiteres, lebenswürdiges Wesen gab er stets seiner wahren Herzengüte Ausdruck. Die Versammlung ehrt das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. — Bereits in der Sitzung vom 26. April d. J. beschloß die Versammlung die Angelegenheit, betreffend die Ablösung der an das Gertrud-Pfarrvermögen zu zahlenden Beihilge-Entschädigung, die damals von dem Gemeinderath beantragte Entschädigungssumme von 11,250 Mk. wurde von der Versammlung als zu hoch abgelehnt. Die inzwischen zwischen dem Magistrat und dem Kirchenrath geführten Unterhandlungen hatten keinen Erfolg, da der Kirchenrath bei der von ihm gestellten Forderung beharrte. In Folge dessen hat der Magistrat beschlossen, das Ablösungsverfahren als gescheitert zu betrachten und die bisher dem Pfarrer gewährte persönliche Zulage zurückzugeben. Die Versammlung tritt diesem Beschlusse bei. — Die öffentliche Petroleumbeleuchtung wird seit dem Jahre 1871 von dem Klempnermeister C. Schmidt laut eines mit der Stadt abgeschlossenen Vertrages besorgt, da derselbe bisher die Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt, wird der Vertrag mit demselben auch pro 1881—1882 verlängert.

In einer früheren Sitzung beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, einen Antrag, betreffend die Herstellung der öffentlichen Beleuchtung in der Kircoweststraße durch Petroleumlaternen zu stellen. Der Magistrat äußerte sich nun in Folge dessen dahin, daß die Aufstellung von 16 Petroleum- und von 3 Gaslaternen erforderlich wären, deren Herstellung inkl. 5 pCt. Zinsen für das Anlagekapital 687 Mk. 46 Pf. betragen würden. Diese Kosten hält der Magistrat im Verhältniß zu der Bedürfnisfrage für zu hoch und beantragt, die Herstellung der Laternen bis zur Regulirung der Straße aufzuschieben. Herr Braun als Referent schließt sich diesem Antrage an. Herr Schinkel dagegen beantragt, die Vorlage nochmals dem Magistrat zur Erwägung zurückzugeben, da die Beleuchtung dieser Straße dringend notwendig ist. Die Versammlung beschließt dem Antrage des Referenten gemäß. — Auf das Vorkaufsrecht bei mehreren Grundstücken wird verzichtet. — Eine längere Debatte entspinnt sich wegen der Herabsetzung des Zinsfußes auf 4½ pCt. für mehrere von der Stadt vergebene Hypothek-Kapitalien, weil in einigen Fällen vom Magistrat angegeben ist, bis zu welchem resp. von welchem Termin die Kündigung gelten soll. Herr Rämmerer Schelska erklärt, daß der Magistrat beschlossen habe, bei allen vor dem 15. Mai eingegangenen Gesuchen die Kündigung als am 1. April geschehen betrachtet habe. Herr Werner und Herr Winkelsse halten einen derartigen Beschluß des Magistrats nicht für zulässig, während die Herren Rämmerer Schelska, Bohm und Graßmann sich im entgegengesetzten Sinne aussprechen. Schließlich wird die Vorlage dem Magistrat zur genaueren Information zurückgegeben. — Von den Berichten über die Prüfung der Jahresrechnung der Sparkasse pro 1880, der Rechnung des Jagetreuefischen Kollegiums und des Rämmerer-Kassen-Revisions-Protokolls vom 1. April cr. wird Kenntniß genommen. — Die Zahlung von 50 Mk. an einen Lehrer für zwei wöchentliche Stunden am Stadtgymnasium per Mai und Juni wird genehmigt. — Bei Gelegenheit der Kostenbewilligung für die Entwässerungsanlage in der Lindenstraße wurde der Magistrat ersucht, darüber Mittheilung zu machen, welche Grundstücke in der genannten Straße sich zum Anschluß an die Kanalisation bereit erklärt hätten, der Magistrat theilt nun mit, daß mit Ausnahme des Grundstücks Nr. 19 (der Berlin-

Stettiner Eisenbahn gehörig) sämtliche Grundstücke den Anschluß angeführt hätten.

Der Baufluchtlinien-Plan der Falkenwalderstraße von der Alleestraße bis zur Weichbildgrenze wird genehmigt. — Zu der Verpachtung von 109 Wiesen auf die 6 Jahre 1881—86 für die jährliche Pacht von 5331 Mk. (statt bisher 5982,50 Mk.) und von 22 Rohruhrungsparzellen für die jährliche Pacht von 3811 Mk. (statt bisher 4355,50 Mk.) wird der Zuschlag erteilt. — Bewilligt werden 75 Mk. zur Einrichtung einer neuen Klasse an der Oberwieschule und 862 Mk. 22 Pf. an Lehrerinnen-Gehalt pro 1881—82; 920 Mk. zur Pflasterung der Bruchstraße zwischen der Pöhlger- und Löwenstraße; 1230 Mk. Reparaturkosten und 780 Mk. für Klosetanlagen für das Grundstück Wallstraße 38; 19,246 Mk. zur Entwässerung des westlichen Theiles der Möllnwiefe und zur Herstellung eines Dammbeweges; 2200 Mk. für Herstellung der Wasserleitung und 3000 Mk. für Herstellung der Entwässerungsanlagen in der Straße 73 von der Falkenwalderstraße bis zur Hohenzollernstraße.

Die Verlegung des Kanalisationsdepots an der Deutschestraße nach dem Bauhof wird genehmigt und für bauliche Anlagen auf dem letzteren (Errichtung eines Bürozimmers, Dienstwohnung, Arbeitslokal etc.) 3380 Mk. bewilligt. — Der schwarze Damm befindet sich in so schlechtem Zustande, daß eine Verbreiterung, Aufhöhung und Umpflasterung desselben nöthig ist, die Kosten dafür sind auf 25,244 Mk. veranschlagt und beantragt der Magistrat, diese Reparaturen im Laufe von 3 Jahren ausführen zu lassen. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden und bewilligt die erste Rate von 8000 Mk. pro 1881—82.

Laut Telegramm an die Herren Mattfeldt u. Friedrichs in Stettin ist der Postdampfer „Donau“, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 15. Mai von Bremen abgegangen war, am 28. Mai wohlbehalten in New York angekommen.

Im Jahre 1880 legte der Kaufmann Frh. Radloff in Grabow a. D. eine Klauerscheitfabrik an und suchte zur Erzeugung des Fettes Kälberfäße etc. aus. Zu einer derartigen Anlage gehört jedoch die besondere Genehmigung der Polizeibehörde, welche R. nicht erhielt, und als er deshalb die weiteren Instanzen in Anspruch nahm, wurde ihm auch da die Konzession verweigert. Trotzdem setzte er die Fabrikation des Fettes, wenn auch in geringem Umfange, fort und hatte sich deshalb in der gestrigen Sitzung des Schöffengerichts auf Grund der §§ 16 und 147 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 zu verantworten und wurde gegen ihn auf 50 Mk. Geldstrafe erkannt.

Während auf dem Bräunlich'schen Grundstück in Goplow (Restaurateur R i p) während dieser Saison die Sonntags-Konzerte auf vielseitigen Wunsch des Publikums unterbleiben, werden die Donnerstags-Konzerte der Kapelle des 34. Regiments, unter Leitung des Herrn Jancovius, bereits nächsten Donnerstag, den 2. Juni, ihren Anfang nehmen und regelmäßig jeden Donnerstag stattfinden.

Wir erhalten folgende beachtenswerthe Zuschrift:

Schon häufig ist der dem Publikum äußerst lästige Uebelstand der Kinderbettelei zur öffentlichen Sprache gekommen und meistens darauf hingewiesen, daß erfahrungsgemäß solche Kinder rein von den Eltern dazu angehalten werden, damit letztere, gemeinhin als arbeitsscheue Individuen bekannt, sich in vollem Maße dem nichts weniger denn trügen und lasterhaften Lebenswandel hingeben. Ja diese verdammenswerthe Erziehung der Kinder, welchen unter solchen Umständen gar selten der Schul-Unterricht zu Theil wird, geht sogar soweit, daß sie durch Schläge eingeschüchtert werden, falls sie nicht jeden Abend „mit frommen Schätzen reich beladen“ heimkehren. Die einzige durchgreifende Maßnahme behufs Beseitigung solcher Unsitte ist die unbedingte Konsequenz der Hausfrauen und Diensthöten, derartig umherstreifenden Bettelkindern nie m a l s ein Almosen zu geben, keinesfalls aber in baarer Münze.

Nachstehende, von mehreren Augenzeugen wahrgenommene Simulation eines etwa 8 Jahre zählenden Bettelmädchens beweist wiederum, wie nöthig solche Abhülfe erscheint.

Am letzten Sonnabend zwischen 8 u. 9 Uhr Abends lag auf dem Trottoir in der Mollkestraße erwähntes Bettelmädchen, anscheinend etwas jugend, dabei fortwährend heulend und wimmernd, bis endlich ein Herr an sie herantrat; nach der Ursache fragend, jammerte das Mädchen, 50 Pfg. verloren zu haben, wofür sie Einkäufe machen sollte. Der Herr, anscheinend sehr mitleidig gestimmt, ersetzte dem Mädchen das Verlorene, wofür er ein „Danke schön, lieber Herr“ erntete.

Kaum war der Herr außer Schußweite, als sich das Mädchen in aller Eile den Anlagen zuwandte, wo sie von 3 ihrer Kolleginnen erwartet wurde und nun gemeinsam ihrer Freude nicht genug darüber Ausdruck zu geben vermochten, wie schlaue sie den Herrn um 50 Pfennig geprellt hatten.

Ein nicht zu verachtendes Talent für die Zukunft, welches leider zu bald Früchte tragen dürfte, die den Weg ins Zuchthaus sicher stellen!

Das sind die Resultate mancher Erziehungen, woran einzig die betreffenden Eltern schuldig sind und deshalb muß Alles aufgegeben werden, um diesem gefährlichen Unwesen zu steuern!

B. D.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysium: „Ein Lustspiel.“ Lustsp. 4 Akte. Bellevue: „Die zärtlichen Verwandten.“ Lustsp. 3 Akte.

Bermischtes.

Der berühmte französische Chemiker Pasteur hat die Entdeckung gemacht, daß der nuchterne Mensch unter die giftigen Thiere zu zählen ist, und er stützt sich auf eine ganze Reihe von praktischen Versuchen, die er in dieser Richtung angestellt hat. Der Speichel eines seit 12 Stunden nüchternen Menschen, durch Injektion in das Blut von Kaninchen, Hunden etc. eingeführt, erzeugt bei diesen Thieren alle Merkmale der Vergiftung. Pasteur erklärt dies dadurch, daß beim nüchternen Menschen die Magensäure im Speichel Parasiten hervorbringt, welche auf gewisse Thiere vergiftend wirken. Dasselbe Phänomen wurde auch durch den Speichel von Säuglingen bewirkt. Sobald der Mensch wieder Nahrung zu sich nimmt, hört der Speichel auf, schädlich zu wirken.

Ueber den Untergang des Dampfers „Victoria“ macht der Kapitän desselben, der sich unter den Geretteten befindet, folgende Angaben: Die „Victoria“ war überladen, weil an der zweiten Haltestelle Hunderte von Personen sich an Bord drängten und trotz meines Widerspruchs und meiner Erklärung, das Schiff bis Mitternacht still liegen zu lassen, wenn sie sich nicht wieder entfernten, nicht vom Dampfer zu bringen waren, kaum zwanzig von ihnen begaben sich wieder an das Land. An den unsicheren Bewegungen des Schiffes merkte ich, daß etwas nicht in Ordnung sei, ich ließ deshalb beim Maschinenisten anfragen und erfuhr, daß das Schiff undicht sei und bereits ein Fuß hoch Wasser im Raume stehe. Meine Absicht war nun, das Schiff auf die nächste Sandbank vor uns aufzulassen zu lassen und dort Hülfe abzuwarten, allein ehe es so weit kam, war durch einen bedauerlichen Umstand das Unglück herbeigeführt. Einige Ruderboote kamen im Wettlauf an uns vorübergefahren, und obwohl den Reisenden seitens der Schiffsmannschaft wiederholt eingeschärft worden, sich ruhig zu verhalten, drängte doch eine große Anzahl derselben nach der Seite der Ruderboote hin. Der Dampfer neigte sich in Folge dessen auf die Seite; eisig sprangen die Reisenden nach der anderen Seite hinüber und machten hierdurch das Uebel noch schlimmer, denn jetzt neigte das Schiff gleichfalls nach dort hinüber. Durch das Schwanken ward der Dampfessel, der sich auf dem unteren Verdeck befand, aus der Lage gerissen und über Bord geschleudert, in seinem Falle die Stützen des Oberdecks, auf dem sich die meisten Reisenden befanden, mit sich nehmend, so daß das Oberdeck niederstürzte. Hiermit war das Schicksal des Schiffes entschieden, es wurde von der Seitenlast niedergedrückt und versank. 238 Leichen waren am Donnerstag Morgen bereits aufgefunden, viele werden noch vermist.

Die spanische Regierung ist bekanntlich so kühn gewesen, anlässlich der Calberonsfeier in Madrid durch Vermittelung ihrer Gesandtschaften in den europäischen Ländern, durch Aussetzung eines Preises für das formvollendetste, schwungvollste Lobgedicht auf den gefestigten Dichter, die Poeten von Deutschland, Frankreich, Italien, England, Rußland zu einem allgemeinen Wettbilden herauszufordern. Das war ein Leichtsinns, der um so schmerzlicher zu bedauern ist, als in der Frühlingzeit ohnehin schon die leidende Menschheit von einer lyrischen Stille überflutet und die Schreie unserer Poeten unter Lärm gesetzt werden, abgesehen von allen anderen Bedenken gegen ein solches poetisches Preisrennen, an welchem sich wirklich bedeutende und feinsinnige Schriftsteller schwerlich jemals betheiligen werden. In Deutschland hat sich ja denn auch einer von den Brüdern in Apoll glücklich seinen Calberon-Preis zusammengeremelt. Andere Länder, wo die Genies nicht so dicht gesät zu sein scheinen, sind nicht so begünstigt gewesen. So sind sämtliche von den englischen, italienischen und russischen Poeten in Madrid eingesendeten Lobgedichte auf Calberon von den betreffenden Jurys ihrer Unbrauchbarkeit wegen zurückgewiesen worden. Ein recht trauriges Resultat. Die Ritter vom Begasus, welche im Schwelge ihres Angefichts redlich gedichtet haben, werden lange Gesichter machen.

Es wird mobil gemacht! Wer das nicht glauben sollte, lese die in St. Louis erscheinende „Westliche Post“. Da steht es schwarz auf weiß gedruckt. Herr E. F. Eisenhard in Soltau in Hannover schreibt dem amerikanischen Blatte nämlich: „Trotz aller Friedensversicherungen Bismarcks ist jetzt eine Ordre von Berlin ausgegangen, das ganze Militär (sic!) mobil zu machen. Da wird es allerdings wohl das beste sein, schleunigst nach St. Louis auszuwandern!“

Eine sonderbare Gesellschaft hat sich in New York unter dem Namen „der zwölf Sterblichen“ konstituiert. Das Vereinsvermögen, welches aus den Beiträgen der Mitglieder entstanden ist, besteht in einem eleganten Sarge, welcher in zwölf Abtheilungen getheilt ist, deren jede eine Flasche edlen Aeres enthält. Alljährlich versammeln sich die Mitglieder, alljährlich wird der Sarg, welcher in einem Gewölbe aufbewahrt ist, hervorgeholt und, wenn ein Mitglied gestorben ist, wird schweigend die ihm zugehörige Flasche geleert, nachdem zu seinem Lobe alles das gesagt worden, was zu sagen war. Ueber diese Grabreden wird nun sorgfältig Protokoll geführt und dieses Protokoll mit der leeren Flasche wieder in die Abtheilung niedergelegt, welche den Namen des Verstorbenen trägt.

Der Lebtelebende soll dann die Flasche mit dem Namen des zuletzt Verstorbenen und die seinen Namen tragende Flasche selbst leeren, dem Verstorbenen eine Lobrede halten und diese sammt seinem eigenen Nekrolog in den Sarg einschließen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 31. Mai. Die „W. Allg. Ztg.“ meldet: Feldmarschall-Lieutenant Karl Tegethoff, der Bruder des berühmten Admirals, erkrankte sich einer unheilbaren Krankheit wegen.

Brag, 31. Mai. Der Kaiser hat am 30. d. M. ein eigenhändiges Schreiben an den Ministerpräsidenten gerichtet, in welchem er seine volle Anerkennung über die zum Empfang des Kronprinzlichen Paares in Prag getroffenen Vorbereitungen ausdrückt und gleichzeitig seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck giebt, einen Theil der beabsichtigten Festlichkeiten im Namen des Kronprinzlichen Paares dankend ablehnen zu müssen, weil der Gesundheitszustand der Kronprinzessin nach dem Ausspruche der Ärzte gerade jetzt besondere Schonung erfordere und ihr nicht gestatte, an anstrengenden, ermüdenden Feiertlichkeiten theilzunehmen. Da aber das Kronprinzliche Paar wünscht, sich möglichst bald nach Prag zu begeben, so ordnet der Kaiser an, daß von einem feierlichen Einzuge des Kronprinzlichen Paares in Prag abzusehen sei und daß bei der Ankunft desselben daselbst am Mittwoch, den 8. Juni, jeder wie immer geartete offizielle Empfang zu unterbleiben habe.

Paris, 30. Mai. (N.-Z.) An der heutigen Börse wurden die Gröndertheile der Gesellschaft für den Tunnelbau durch den englischen Kanal zu 100,000 Frs. pro Stück gehandelt, welche vor einem Monat nur 5000 Frs. kosteten und noch im Januar dieses Jahres von den Bankhäusern, die sich bei der Konstitution der Gesellschaft zur Bestreitung der Kosten für die Vorarbeiten betheilig hatten, in ihren Inventaren pro forma zu 20 Frs. aufgeführt wurden. Man hofft in den betheiligten Kreisen, daß die Ausführung des Tunnel's in 4 Jahren vollendet sein werde, und ist die erwähnte Steigerung wohl auf diese Annahme zurückzuführen.

Paris, 31. Mai. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Beja wurde der Redakteur des „Télégraphe“, Seguin, an den Thoren von Beja von den Arabern mit Steinwürfen angegriffen und am Kopfe und Unterleib durch Messerstücke verwundet. Seguin starb am folgenden Tage. Die Mörder sind verhaftet.

Paris, 31. Mai. Der Petersburger Korrespondent des „Nachrichtlichen“, „Zatransigeanant“ hält trotz der vernichtenden Petersburger Dementis mit größter Unversioenheit seine Sensationslüge von dem Tode Jesse Helfmanns aufrecht.

Belgrad, 30. Mai. Die Skupschina nahm den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn mit 112 gegen 22 Stimmen an. 6 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Konstantinopel, 31. Mai. Die Zeitungen veröffentlichten ein offizielles Communiqué, welches sich gegen eine Nachricht des Pariser „Temps“ vom 18. d. richtet, betreffend eine im Jahre 1864 vom damaligen Minister des Aeußeren Ali Pascha dem französischen Botschafter, Grafen Moustier, gemachte Mittheilung. Das Communiqué bezieht sich auf die Nachricht des „Temps“ als vollkommen unrichtig und bemerkt, Graf Moustier habe im Jahre 1864 die Pforte befragt, ob sie sich, wie Frankreich dies erfahren habe, mit der Absicht trage, den status quo in Tunis zu modifiziren. Die Pforte habe hierauf erwidert, daß sie den bestehenden Zustand der Dinge in Tunis in keiner Weise abzuändern gedenke und daß der Sultan die ererbten Rechte auf diese Provinz aufrecht erhalte. Graf Moustier habe von dieser Erklärung mit Vergnügen Kenntniß genommen und in seiner Antwort gegenüber der Bekräftigung der Souveränitätsrechte des Sultans auf die Provinz keinerlei Einwendung gemacht.

London, 30. Mai. Unterhaus. Unterstaatssekretär Dille erwiderte auf eine Anfrage Dway's, der französische Minister des Aeußeren, Barthélemy St. Hilaire, habe dem Botschafter Lord Lyons gegenüber erklärt, daß ein französischer Kommandeur aus Mißverständnis ein oder zwei fremde Schiffe untersucht habe; es seien neue Instruktionen an denselben abgegangen, um ähnliche Mißverständnisse für die Folge zu verhindern.

Dem Deputirten Labouchère antwortete Dille, die Regierung sei gegenwärtig noch nicht bereit, ihre Ansicht über das Verhalten des Fürsten von Bulgarien auszudrücken.

Lord Hartington erklärte in Beantwortung einer Anfrage Stanhope's, die Meldung der „Times“, daß die Regierung die Räumung des Bishintheales angeordnet habe, sei unbegründet. Hierauf wurde die Einzelberatung der irischen Landbill fortgesetzt.

London, 31. Mai. Die „Times“ wissen will, wäre auf Anregung der Exekutivbehörden von Irland die vollständige Unterdrückung der Agrarligen von der Regierung ernstlich in Erwägung gezogen.

Dublin, 30. Mai. Der hauptsächlichste Organisations der irischen Agrarligen, Kettle, ist heute Abend unter der Beschuldigung, die Bevölkerung gefesselter Schulden nicht zu bezahlen aufgezeigt zu haben, in Naas verhaftet und ins Gefängniß gebracht worden.

Die letzten Nachrichten aus Algerien und Tunis bezüglich des Gesundheitszustandes der französischen Expeditionstruppen sind in Folge der großen Hitze immer ungünstiger. Die militärischen Operationen werden unverzüglich eingestellt werden müssen.